VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Mehr Wirtschaft wagen!

Mehr Freiheit leben!

Erwartungen der hessischen Wirtschaft

zur Bundestagswahl 2017

- Bereich Umwelt -

Frankfurt am Main
Stand: 5. Juli 2017

Umwelt

Im besseren Einklang mit der Wirtschaft

Wirtschaftliche Belange gegenüber Umwelt und Natur stärker gewichten

Die deutsche Wirtschaft ist beispielgebend für umweltverträgliche Produktion und Produkte. Beträchtliche Fortschritte wurden erzielt – in Betrieben und Umweltpolitik. Gleichwohl bleibt die Industrie im Fokus ambitionierter Umweltpolitik, obwohl sie nicht mehr führender Verursacher jeglicher Umweltbeeinträchtigung ist. Die Politik sollte einen gesellschaftlichen Dialog anstoßen, wie sich im besten Sinne der Nachhaltigkeit und mit Augenmaß anspruchsvolle und verlässliche Umweltziele mit Wirtschaftswachstum und Wohlstand verbinden lassen. In dieser Abwägung sollten Belange der Wirtschaft stärker als bisher gegenüber Umwelt-, Natur- und Artenschutz gewichtet werden. Insbesondere sollte mehr Raum für industrielle Aktivitäten gelassen werden. Und es sollte die Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes im Umwelt-, Natur- und Artenschutz deutlich verbessert werden.

Genehmigungsverfahren: Rational gestalten, Planungssicherheit erhöhen

Anlagegenehmigungen dauern oft zu lange. Der Wirtschaftsstandort sollte gestärkt werden, indem Rahmenbedingungen verlässlicher und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Klagerechte sollten interessengerecht begrenzt werden. Der Artenschutz sollte in Genehmigungsverfahren rational umgesetzt werden: Das Einfangen geschützter Arten zur Umsiedelung sollte ermöglicht werden. Kompensations- und Ausgleichmaßnahmen sind zu bündeln und flächenschonend, unter Beachtung agrarstruktureller Belange, umzusetzen.

REACH-Verordnung erhalten und Mittelstand unterstützen

Die REACH-Verordnung sollte unverändert bleiben. Kleine und mittlere Unternehmen sollten bei der REACH-Registrierung besser unterstützt und der REACH-Zulassungsprozess vereinfacht werden.

Rohstoffversorgung sichern

Die Bundespolitik muss mit verlässlichen Rahmenbedingungen eine sichere Rohstoffsicherung ermöglichen, denn Rohstoffe stehen am Anfang jeder Wertschöpfungskette von Gütern. Dies gilt in besonderem Maße auch für die mineralischen Rohstoffe, deren heimische Gewinnung zu erhalten ist.

Nationale Umsetzung von EU-Vorgaben: Wettbewerbsfähigkeit beachten

Nationale Sonderwege im Umweltrecht müssen unterbleiben. Denn wer die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen verringert, riskiert die Verlagerung von Produktion. Die Umsetzung von EU-Recht muss ohne nationale Verschärfung erfolgen – also 1:1, z.B. bei Emissionsgrenzen für Luftschadstoffe (NERC), mittelgroßen Feuerungsanlagen (MCP) und BVT-Schlussfolgerungen.

Kreislaufwirtschaft: Wettbewerb statt Privilegien für kommunale Betriebe

Der Rechtsrahmen der Kreislaufwirtschaft muss verbessert werden: Die Unternehmen, insbesondere in Industrie und in Bauwirtschaft, sollen einfacher als bisher ein nachhaltiges und wirtschaftliches Abfallmanagement betreiben können. Produktverantwortung und Wettbewerb sind zu stärken. Privilegien für kommunale Entsorgungsunternehmen müssen zurückgeführt werden. Um die Rohstoffsicherung zu erhöhen, ist die Forschungsförderung zu Recycling von Technologiemetallen auszubauen.